

Aus Bern

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EMD, der milliardenschwere F/A-18 am Schweizer Himmel nichts zu suchen hat. Die SP hat das schon lange gesagt. Unter den neuesten europäischen Gegebenheiten werden die EMD-Pläne jedoch täglich absurder. Um auch das klar zu machen, hat an der Pressekonferenz, neben Helmut Hubacher und Elmar Ledergerber, auch der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Fliegergeneral Manfred Opel teilgenommen.



Eher suboptimal liegt hingegen die 10. AHV-Revision, deren Botschaft Bundesrat Flavio Cotti am 16. März präsentiert hat. Die SP Schweiz reagierte jedenfalls unter dem Titel «Chance verpasst». Im Bestreben, es allen irgendwie recht zu machen, hat der Bundesrat zwar das Rentenalter für die Frauen nicht erhöht, aber jenes für die Männer ebenfalls auf 65 belassen. Ebenfalls nichts getan hat er für eine existenzsichernde Rente, und insbesondere der Verfassungsauftrag, zivilstandsbedingte Ungerechtigkeiten auszuräumen, bleibt weiterhin unerfüllt.



Mit Nationalrat Sepp Stappung ist dagegen ein weiterer Zürcher eher negativ in die Schlagzeilen gekom-

men. Er hat der SP-Fraktion bekanntgegeben, dass er einem geheimen Beirat des Generalstabschefs angehört hat und ist nun daraus zurückgetreten. Die SP-Fraktion, die mit der ewigen Geheimniskrämerie endlich Schluss machen will, hat Stappungs Mitgliedschaft als Fehler angesehen, ihm aber sonst die Unterstützung zugesichert. Positiv ist, dass Sepp Stappung bisher das einzige Beiratsmitglied ist, das darüber gesprochen hat. Für die Bürgerlichen ist das offenbar gar kein Thema.



Die SPS verlangt vom Bundesrat, er solle seinen Entwurf zu einem neuen Arbeitsgesetz zurückziehen und etwas Seriöseres vorlegen. Denn in das Hohelied auf flexible Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mag die SP nicht miteinstimmen. Gleichstellung heisst hier nämlich vor allem mehr Nacht- und Sonntagsarbeit für die Frauen. Der gleiche Lohn bleibt aber genauso auf der Strecke wie andere Reformen. Zu einem Bückling vor den Unternehmern kann die SP Schweiz aber nicht Hand bieten.

Neue Mehrheiten

Energiepolitisch läuft im Bundeshaus – ausser selbstbeklatschtem Bravo – nichts. Der Ständerat verwässert das Gewässerschutzgesetz, und der Nationalrat setzt sich wenig überzeugend für seine früheren Beschlüsse ein. Trotz Fichenskandal kocht der längst fällige Datenschutz im Parlament auf kleinem wirtschaftsfreundlichem Feuer. Zwar gibt es ein paar ständerätliche Zeichen beim bäuerlichen Bodenrecht; aber der Nationalrat will von einem neuen und fortschrittlichen Bodenrechtsartikel nichts wissen und verweist eine SP-Initiative dafür als Postulat in die Schublade. Die 8 Jahre zerredete Steuerharmonisierung bringt nicht einmal mehr die längst fällige einjährige Gegenwartsveranlagung. Schliesslich gibt es, trotz weitverbreiteter Schnüffelempörung, keine Parlamentsmehrheit für die Abschaffung der Politischen Polizei.

Wenn wir in «Bern» etwas verändern wollen, brauchen wir neue Mehrheiten. Im Bürgerblock bewegt sich wenig. Das Problembewusstsein nähert sich hier dem Nullpunkt; um so mehr hat Problemverdrängung Konjunktur.

Neue Mehrheiten sind fällig. Dass sie möglich sind, zeigt uns das Wahlergebnis in Zürich. Neuenburg und Lausanne sind vorangegangen. Machen wir so weiter, dann bewegen wir bald wieder einiges in der

Schweiz. Die Wahlen der letzten Monate machen Mut und Zuversicht für den Herbst 1991.

Rolf Zimmermann
Pressesprecher SPS